

„Krieg bis zum Ende“

Mörderischer Bruderkampf auf dem Balkan, der Amoklauf Belgrader Panzerkommunisten beschleunigt Jugoslawiens Zerfall. Serbien sucht seine Vormachtstellung

im Reich der Südslawen mit Terror zu behaupten. Internationaler Druck erzwang jedoch die Kür des Kroaten Mesić zum Staatspräsidenten. Hält die Waffenruhe?

Der Kroat Stjepan Mesić, 56, seit dem vorletzten Wochenende Jugoslawiens Staatsoberhaupt und gleichzeitig Oberbefehlshaber der Armee, ist ein mutiger Mann. Das hat der bullige Barträger im „Zagreber Frühling“ 1971 bewiesen, als er dem Alleinherrscher Josip Broz Tito widersprach und deshalb als „Staatsfeind“ ins Gefängnis kam.

Doch am vorigen Dienstag mußte der Oberbefehlshaber, in der slowenischen Hauptstadt Ljubljana zum Krisengespräch weilend, vor der eigenen Armee in den Luftschutzkeller flüchten: Zwei MiG-Kampffluger der Bundesarmee rasten im Tiefflug auf den Kulturpalast zu – es war, wie sich zum Glück herausstellte, bloß ein Scheinangriff, Psychoterror zur Einschüchterung der Slowenen.

Am Abend machte dann Generalstabschef Blagoje Adžić, 62, die Befehlsverweigerung der Armeeführung vor einem Millionenpublikum publik. Hölzern gab der weißhaarige Serbe mit leiser

Stimme im Belgrader Fernsehen bekannt, das Militär weigere sich, wie von Mesić befohlen, sofort in die Kasernen zurückzukehren. „Unter den gegebenen Umständen“ sei eine Feuerpause nicht möglich, das Oberkommando zur Einleitung der vollen Kampftätigkeit gezwungen, betonte der General mit waffenklirrender Rhetorik. Es gehe um die Verteidigung des Landes, „in Slowenien gibt es Krieg bis zum Ende“.

Und um die Rebellion gegen den Chef noch eklatanter zu machen, schickte der Generalstab der Belgrader Panzerkommunisten kurz danach einen Mann vor die Kamera, von dem die Jugoslawen schon viel gehört, aber den sie noch niemals gesehen hatten: Marko Negovanović, den berühmten Chef des militärischen Geheimdien-

stes KOS, einen Serben und Verfechter des explizit harten Kurses. Mit plärrendem Patriotismus warnte der Sicherheitsobmann die Slowenen ultimativ davor, die Angriffe ihrer Heimwehr auf die Bundesarmee fortzusetzen.

Am nächsten Morgen, früh um fünf Uhr, rückte eine serbische Elitetruppe mit 180 Panzern aus Belgrad aus. Sie habe den Marschbefehl, so ein Offizier, die von slowenischer Guerilla eingeschlossenen Kameraden herauszuhauen und die abtrünnige Republik zu beset-



Jugoslawischer Staatspräsident Mesić, kapitulierende Panzersoldaten der Bundesarmee bei Maribor: Demütigendes



Regierungsfeindliche Serben-Demonstration*: „Holt unsere Söhne zurück“

verlustreiche Verteidigungsschlacht ein. Erstmals wurden in Kroatien die Einheiten der Nationalen Garde alarmiert, eiligst Straßensperren aufgetürmt.

Doch dann, um 16 Uhr, stoppte der martialische Serben-Bandwurm auf der „Straße der Brüderlichkeit und Einheit“ noch vor der Grenze Kroatiens. Der Konvoi teilte sich auf – nach Süden in Richtung Bosnien, nach Norden zur Provinz Vojvodina, der Rest ein Stück weiter nach Westen auf Kroatien zu – und kam zum Stehen.

Zur gleichen Zeit gab General Andrija Rašeta, ein Serbe, Vizechef des V. Armeebereichs Slowenien und Kroatien, eine eilends einberufene Pressekonferenz in Zagreb. Dabei erklärte er sichtlich mißvergnügt, die Jugoslawische Volksarmee erkenne den Kroaten Stjepan Mesić sowohl als Staatspräsidenten wie als Oberbefehlshaber der Armee „voll an“. Gemäß dessen Weisung habe das Oberkommando der Armee in allen Landesteilen den ausdrücklichen Befehl zu einer Feuerpause gegeben.

Daß die von Serben dominierten Militärs ihre Amok-Operationen im Norden des Vielvölkerstaats auf eigene Faust durchgeführt hätten, suchte dann ein plötzlich wieder aus der Versenkung



Desaster für die Generale



Generalstabschef Adžić: „Volle Kampftätigkeit“

zen. Enthusiastisch spendeten Serben der auf dem „Autoput“ vorrückenden Kolonne mit ihrem Troß Beifall.

Die slowenische Hauptstadt Ljubljana, aber auch das kroatische Zagreb richteten sich derweilen auf eine

auftauchender Bundespremier der Öffentlichkeit weiszumachen. Gezeichnet von der Angst der Erfolglosigkeit, räumte der machtlose Regierungschef Ante Marković, ein Kroat, vor der Presse ein, er sei von den Generalen über die Pläne zum gewaltsamen Vorgehen gegen die slowenischen Sezessionisten nicht informiert worden.

Bis Freitag abend hielten sich die Kriegsparteien, die Jugoslawische Volksarmee und die 30 000 Mann der Territorialen Verteidigungskräfte von Slowenien, an den Waffenstillstand. Die

* Am vorigen Mittwoch in Belgrad.

Das Ende der Soldaten

DIETER WILD

Die Panzer der Jugoslawischen Volksarmee sollen, im Steinhagel des Volkszorns, rollen, wohin sie wollen, Zagreb und Ljubljana zernieren – ihr Kriegsziel können sie nicht erreichen.

Denn daß ganz Mittel- und Osteuropa von der Spree bis an den Bug der Demokratie anheimfällt, während allein in Belgrad rote Bonapartisten auf ihren Bajonetten hocken bleiben, ist ausgeschlossen – und die Noch-Inhaber der Macht wissen das. Sie trauen sich nicht einmal mehr, die Mütter ihrer Wehrpflichtigen daran zu hindern, an die Front zu reisen, um nach den Söhnen zu schauen – sie sind nur noch bedingt abwehrbereit.

Nirgends im Ostblock haben Soldaten die Liquidation des Sozialismus verhindern können oder wollen, und kein Soldat im Westen war nötig, sie herbeizuführen. Müssen darob nicht all jene depressiv werden, die im sogenannten Soldatenberuf noch einen Lebenssinn sehen und in Rüstung eine Garantie für Sicherheit? Einen Schluck zivile Schadenfreude möchte man sich schon gestatten.

Irgendwann mußte irgendein phantasievoller Nachfolger des unerschütterlich rückwärts blickenden Verteidigungsministers aus Schleswig-Holstein, der immer noch mehr Geld für seine überflüssige Wehr fordert, sich ein Herz fassen und das Ende der Epoche der Soldaten verkünden – zu schön, um wahr zu werden.

Die Jugoslawische Volksarmee war von Anfang an nicht nur dazu gedacht, die ehemals so offensivlustige Sowjetmacht von einem Marsch an die Adria abzuschrecken, sie sollte auch die Zwangsmglieder des Vielvölkerstaates, ganze Völker, entmutigen, auszubrechen und zu sich selbst zu finden.

Doch dazu war sie, wie sich jetzt zeigt, militärisch zu gut gerüstet und moralisch zu schlecht. Ihre exquise Ausstattung hat, wie überall in Osteuropa, den Absturz in die staatswirtschaftliche und damit auch in die politische Katastrophe nur beschleunigt.

Daß ausgerechnet diese Armee eine der mächtigsten Tendenzen in Europa der Gegenwart, das laut Ekkehart Krippendorf „unvermutete Auftreten der Minderheiten als politische Kräfte“, an den Karawanken auf Dauer stoppen könnte, glaubt niemand. Das Selbstbestimmungsrecht,

das die meisten Mitglieder der Völkergemeinschaft stets nur für die anderen forderten, hat den Regionalismus zu einer elementaren Kraft werden lassen, die nur noch durch Zurückweichen der Zentralstaaten zu bändigen ist. Das schaffen allein Demokratien, aber auch die nicht in jedem Fall.

So bedurfte es der Bombenleger in Südtirol und im Baskenland, ehe sich selbstbewußte Staatsnationen wie Italiener und Spanier Autonomiestatute abtrotzen ließen, in Südtirol mit Erfolg, im Baskenland nicht. Noch dieses Jahr, als die französische Regierung das Sakrileg beging, in ihrem neuen Korsika-Statut von einer „nation corse“ zu sprechen, kassierte der Conseil constitutionnel das Gesetz als Verstoß gegen den jakobinischen Glaubenssatz der „République une et indivisible“.

Das inzwischen schon ehrwürdige Selbstbestimmungsrecht erlaubt nach überwiegender Lehrmeinung den bewaffneten Kampf zu seiner Realisierung nur, sofern der Zentralstaat eine Minderheit schwer diskriminiert, etwa ihr wesentliche Menschenrechte vorenthält – die westeuropäischen Demokratien brauchten mithin einen Präzedenzfall Slowenien und Kroatien kaum zu fürchten, und Staaten ohne schmerzhaftes Minderheitenproblem wie Deutschland noch weniger. Die Briten werden mit ihrem exzentrischen Nordirland eh nicht fertig.

Warum dann die Jammershow, die sich die Staaten der EG und der KSZE leisteten, als sich der totalitäre jugoslawische Zentralstaat anschickte, mit Slowenen und Kroaten kurzen Prozeß zu machen? Warum soviel Verve bei dem zumindest verbalen Engagement für das Selbstbestimmungsrecht ferner Südafrikaner, Eritreer und Palästinenser, aber soviel Verlegenheit, wenn das gleiche Selbstbestimmungsrecht auf dem nahen Balkan zertreten wird?

Die Europäer haben, trotz imponierender Fortschritte auf dem langen Marsch vom politischen Ressentiment zur Rationalität, trotz aller Einheitsrituale und Konsens-Organen, ein Grundübel ihres modernen Selbstverständnisses noch nicht überwunden: die Bewunderung für den Staat als den großen Vereinfacher, die „etatozentrische Denkweise“, so der Völkerrechtler Otto Kimminich, da ja

dieser Staat unbestreitbar eine beeindruckende „national-kulturelle Homogenisierung“ nachweisen kann.

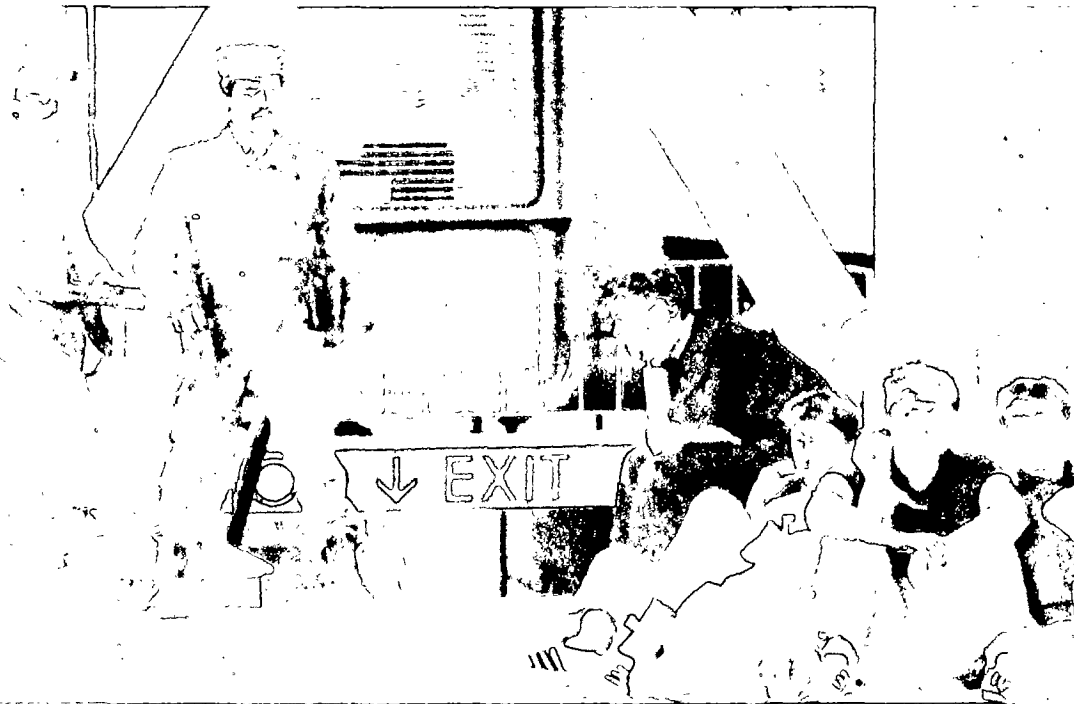
Das trifft, im Negativen, sogar auf die ehemals kommunistischen Regime und die dito Regime in Auflösung zu, etwa auf die noch so untauglichen Staatsmodelle der Diktatoren Lenin und Tito. Solange diese Herrschaftssysteme in ihrer Substanz unangetastet dastanden, wenn auch ihre Ineffizienz, Weltfremdheit und Unmenschlichkeit schon zutage lagen, fand tatsächlich eine zumindest äußerliche „Homogenisierung“ von Balten und Georgiern, Slowenen und Kroaten statt – weshalb die Westeuropäer sich so schwertaten und noch tun, die plötzliche Vitalität der Unabhängigkeitsbewegungen zu begreifen.

Von der „Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken“, die sich in „Union der Souveränen Sowjetrepubliken“ umtauft, könnte am Ende nur das Territorium des einstigen Großfürstentums Moskau übrigbleiben – schade? Ob die „Tschechische und Slowakische Föderative Republik“ mit ihrem klugen Herrn Havel die Tschechen und Slowaken beisammenhält, ist durchaus zweifelhaft.

Die „Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien“ wird auf das Gebiet des alten Serbien schrumpfen, unter Angliederung vielleicht einiger der mehrheitlich von Serben bewohnten Gebiete. Es sei denn, eine wundersame Wende in Belgrad ließe ein neues, nicht mehr großserbisch-kommunistisches, sondern multinationaldemokratisches Jugoslawien entstehen, das glaubwürdig genug wäre, die abdriftenden Völkerschaften in einer Konföderation zusammenzufügen.

Vor der geballten Macht der nun anreisenden KSZE-Beobachter werden indes die Generale in Belgrad so wenig zittern, wie sie vor der putzigen italienisch-holländisch-luxemburgischen Außenminister-Troika in die Knie gingen. Sie werden auch das angeordnete Waffenembargo der USA nicht als bedrohlich empfinden, denn nutzlose Waffen haben sie, wie alle dahingeschiedenen kommunistischen Gebilde Osteuropas, im Überfluß.

Die sofortige Anerkennung der neuen Republiken Slowenien und Kroatien müßte es schon sein. Und die Einstellung der rührenden paneuropäischen Wiederbelebungsversuche an der Leiche Jugoslawien.



Gefangene der Armee, slowenische Wächter: Von den Müttern abgeholt

Slowenen erlaubten der Armee sogar großmütig, ihre schweren Waffen in die Kasernen mit zurückzunehmen.

Sieg der Vernunft in letzter Minute oder nur eine List der Kamarilla großserbischer Generale und Kommunisten, die sich mit dem unaufhaltsamen Zerfall Jugoslawiens nicht abfinden möchten? Denn nach dem Kollaps des Selbstverwaltungssozialismus droht der zu 70 Prozent von serbischen Offizieren beherrschten Volksarmee im auseinanderbrechenden Vielvölkerstaat der Verlust ihrer Vormachtstellung. Sie läßt sich allein durch Terror noch behaupten.

Schon zweimal hatten Feuerpausen nur kurze Zeit gehalten. Auch die nun vereinbarte Waffenruhe, das war allen Betroffenen in diesem Bruderkampf der Südslawen klar, blieb trügerisch. Das von den Slowenen strikt abgelehnte abermalige Ultimatum Belgrads, bis zum Sonntag mittag sämtliche Barrikaden zu räumen, die Territorialkombatanten abzuziehen und die Grenzstationen wieder der Bundeskontrolle zu unterstellen, schien eine neuerliche Zuspitzung des Konflikts vorzuzeichnen.

Und zugleich zogen über dem blutenden Balkan neue Sturmwolken auf, aus denen ein Funkenschlag das wohl gefährlichste Pulverfaß ethnischer Konfrontationen hochzujagen drohte: Die Serie von Morden serbischer Freischärler an kroatischen Nationalgardisten in den gemischten Siedlungsgebieten des dalmatinischen Hinterlandes der Krajina und Gefechte in Slawonien wirkten wie ein Menetekel für die gefürchtete Eskalation der Gewalttätigkeiten zwi-

schen den beiden größten Nationen des Vielvölkerlandes (siehe Seite 129).

Fest stand im Zwielficht des Unberechenbaren bis Ende vergangener Woche zumindest eines: Die von Tito im Partisanenkrieg geformte Volksarmee, einst Stolz des Marschalls und jahrelang Garant für seine Schaukelpolitik zwischen Ost und West, hatte in der militärischen Konfrontation mit der weit unterlegenen Heimwehr der mutigen Slowenen eine schmachvolle Niederlage erlitten. Eine dermaßen derbe Abfuhr, die geradezu nach Rache schrie.



Slowenischer Verteidigungschef Janša
In die Falle gelockt

Das demütigende Desaster deutete sich schon früh an. Unter dem Vorwand, die jugoslawische Grenze zu Italien, Österreich und Ungarn gegen Ansprüche des gerade unabhängig gewordenen Slowenien sichern zu müssen, waren vom Belgrader Generalstab am vorletzten Mittwoch die in Slowenien stationierten Einheiten der Bundesarmee in Marsch gesetzt worden.

Trotz des Einsatzes von schweren Waffen – Panzer, Kampfhubschrauber und Artillerie – kamen sie nicht weit. Im unwegsamen Gelände der kleinen Alpenrepublik wurden sie von der slowenischen Territorialverteidigung, verstärkt durch Wehrpflichtige der neuen slowenischen Armee und der Polizei, gestoppt und in Fallen gelockt, umzingelt und attackiert. Dabei gab es 56 Tote und 287 Verletzte – die meisten auf Seiten der Armee.

Nur an wenigen Stellen gelang es den Bundessoldaten, die Grenzstationen unter Kontrolle zu bringen. Fehlender Nachschub an Munition und Verpflegung zwang sie aber dann, die eroberten Posten bald wieder aufzugeben.

Den Kampfeswillen der überwiegend jungen Soldaten glaubte der Generalstab der Belgrader Serbo-Kommunisten mit einem Horrorszenario befeuern zu müssen: mit hanebüchenem Unsinn, der nur Kommißköpfen entsprungen sein konnte, die Mesić einmal „Menschen aus einer längst vergangenen Epoche“ genannt hat.

Wie aus einem Papier zur Information der Truppe hervorgeht, das die Slowenen in einem eroberten Panzer fanden, sollte den Soldaten vorgegaukelt werden, sie befänden sich in einer militärischen Übung mit dem Codenamen „Schutzwall 91“. Diese Operation sollte der Verteidigung des Kommunismus in Jugoslawien dienen gegen den Vormarsch der westlichen Demokratie, die für die Belgrader Militärs, so Slowenen-Präsident Milan Kučan, „gleichbedeutend ist mit Subversion“.

Das abenteuerliche Szenario ging davon aus, daß unter Führung der USA die früheren Mitglieder des Warschauer Pakts, Ungarn und Bulgarien, dazu Albanien, „sich in den Dienst der Nato gestellt haben, um ihre territorialen Ansprüche gegenüber Jugoslawien durchzusetzen“.

Kroatien, Slowenen und Mazedonien hätten um die Intervention der Nato gebeten. Ziel der „konservativen“ Kräfte, die auf die Unterstützung durch Österreich und Deutschland bauen könnten,

sei die Niederlage der jugoslawischen Armee und die Kontrolle über das Land durch Einsetzung einer Marionettenregierung. Die militärische Operation, vom Westen her mit Luft-, See- und Landstreitkräften geführt, stünde unter dem Namen „Balkan Fire“.

Solchen Unsinn glaubten wohl die wenigsten Soldaten der jugoslawischen Bundesarmee. Über 1000 Offiziere und Rekruten, darunter auch Serben, setzten sich von der Truppe ab und desertierten zu den Slowenen.

Den Oberbefehl über die geschickt vorgehende slowenische Miliz führte ein Mann, der dem Belgrader Generalstab herzlich verhaßt ist: Janez Janša, 32, Ljubljanas Verteidigungsminister. Dieser Junior, in Slowenien überall nur „Rambo“ genannt, hatte mit den serbischen Generälen noch eine persönliche Rechnung offen.

Als Militärexperte der systemfreien Jugendzeitschrift *Mladina* war Janša im Sommer 1988 verhaftet und von einem Militärgericht zu einer Gefängnisstrafe

verurteilt worden, weil er ein geheimes ZK-Protokoll veröffentlicht hatte. Aus dem Papier ging hervor, daß die Armeeführung schon im März 1988 eine militärische Intervention gegen Slowenien erwog, „um konterrevolutionäre Tendenzen“ zu ersticken.

Die Affäre löste seinerzeit in Ljubljana einen Sturm der Entrüstung aus. Sogar Milan Kučan, damals noch Chef der slowenischen KP, verlangte von den

Belgrader Militärs die sofortige Freilassung Janšas.

Die späte Rache des „Konterrevolutionärs“ war fürchterlich. So ordnete Janša an, daß ein Teil der gefangenen Armeesoldaten, überwiegend Serben, mit dem Zug nach Belgrad gebracht wurden. Angezogen waren die Kriegsgefangenen mit Klamotten, die aus der Kleidersammlung des slowenischen Roten Kreuzes stammten, an den Füßen Filzpantoffel statt Stiefel. Ein Augenzeuge aus Belgrad: „Der Zug sah so jämmerlich aus wie die geschlagenen Armee Napoleons nach der Schlacht an der Beresina.“



Staatsgründer Marschall Tito (1974): Rüstungshilfe von beiden Seiten

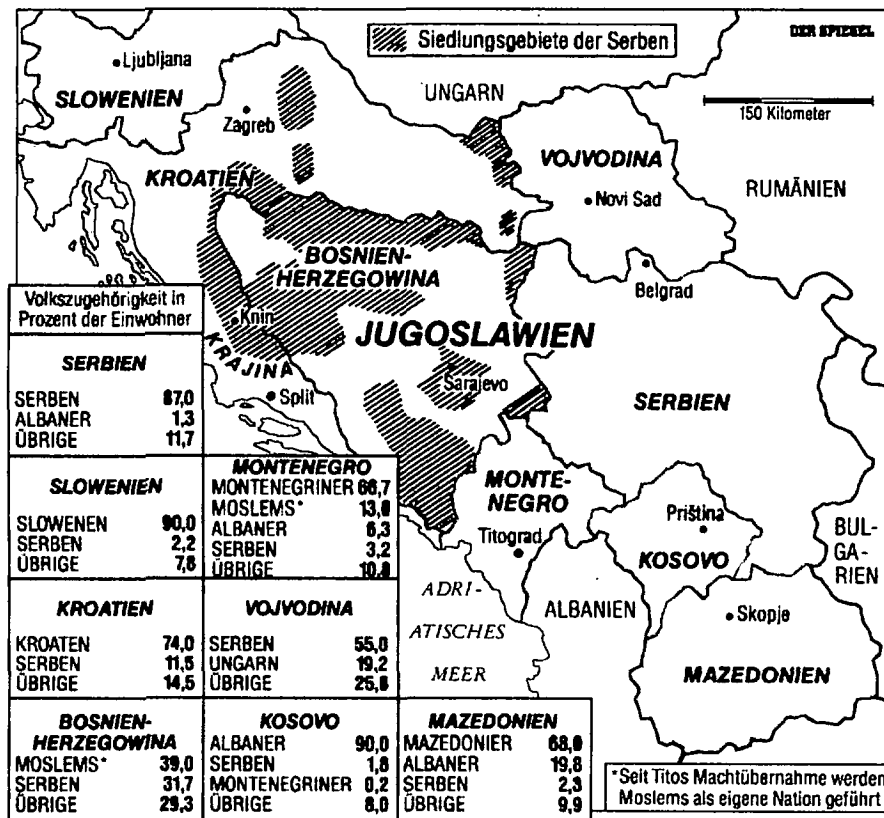
Manch pragmatisch denkendem Slowenen ging das zu weit. „Damit haben wir die serbischen Militärs tödlich beleidigt, und das macht sie gefährlich“, warnte ein hoher slowenischer Offizier.

Die größte Demütigung erlitten die Generale aber an der Heimatfront. In Belgrad gingen 3000 Mütter und Väter von Wehrpflichtigen auf die Straße. Sie stürmten das Parlament und forderten mit Sprechchören wie „Holt unsere Söhne zurück!“ ein Ende des Bruderkampfes in Slowenien. Nur mit Mühe konnte sich Generalstabschef Adžić Gehör verschaffen. Er wurde ausgebuht.

Am nächsten Tag lud der slowenische Präsident Milan Kučan die aufgebrachten Mütter nach Slowenien ein – sie könnten ihre Söhne gleich mitnehmen. Tatsächlich fuhrten rund 800 Serben in Bussen an die slowenische Front in einer eindrucksvollen Demonstration gegen den Bruderkrieg und für den Frieden.

Aber es gab in Belgrad auch Ausbrüche des großserbischen Chauvinismus. Anhänger des Extremisten Vuk Drašković, eines rauschebärtigen Serben-Rasputins, demonstrierten. Drašković warf der Regierung des nationalen Sozialisten Slobodan Milošević und der Armee „Versagen vor dem separatistischen Feind“ vor. Er verlangte die sofortige Aufstellung einer rein serbischen Armee mit wenigstens 200 000 Soldaten, um „unsere Grenzen zu schützen“.

In vorderster Front der mit dem offenen Putsch liebäugelnden Generale standen neben Adžić auch sein Amtsvorgänger, Generalstabschef Stevan Mirković, und der ehemalige Verteidigungsminister Branko Mamula, der sein Amt wegen eines Korruptionsskandals



vor drei Jahren abgeben mußte. Mirković und Mamula sind gleichfalls Serben.

Alle diese Veteranen dienten Tito schon zu Partisanenzeiten. Sie gehören zu den Aktivisten der neuen jugoslawischen KP, die als Nachfolger des aufgelösten Bundes der Kommunisten Jugoslawiens von Offizieren und Partisanen-Veteranen gegründet wurde.

Zu ihnen gesellte sich auch der Hardliner General Života Avramović, seit voriger Woche Oberbefehlshaber des Wehrbezirks V. im Norden des Vielvölkerstaats. Avramović, natürlich Serbe, löste den glücklosen slowenischen General Conrad Kolšek ab, der die Operationen in Slowenien befehligte hatte. Der Neue an der Spitze in Slowenien war vor zwei Jahren in der zu 90 Prozent von Albanern bewohnten Provinz Kosovo als rücksichtsloser Besatzer aufgetreten.

Wie stark die jugoslawische Armee nach ihrem Debakel noch ist, läßt sich schwer einschätzen. Offenbar hat die zu Titos Zeiten noch allmächtige Armeeführung durch den Bruch des Waffenstillstands an Ansehen verloren – ganz unabhängig davon, was die bereits angekündigten Untersuchungen durch den neuen Staatspräsidenten ergeben. Doch werden sich die Serben-Generale für ihre Mission, den jugoslawischen Einheitsstaat zu retten, ausgerechnet von einem Kroaten zur Rechenschaft ziehen lassen?

Jahrzehntelang galt die Jugoslawische Volksarmee als eine der kampftüchtigsten im Osten, mit der anzulegen sich sogar Stalin nach dem Bruch mit Tito scheute. Die hochgerüstete Truppe sorgte dafür, daß der Vielvölkerstaat im Kalten Krieg zwischen Ost und West ein blockfreier Puffer blieb. Beide Seiten honorierten diesen Kurs Belgrads mit Milliarden an Rüstungshilfe.

Entsprechend wurde auch die Ausrüstung der Armee in Ost und West zusammengekauft. Neben Panzern vom sowjetischen Typ T-72 sind amerikanische Tanks vom Typ M 47 Patton im Einsatz. Doch nach Titos Tod, vor allem aber mit der fortschreitenden Entspannung, ließ die Militärhilfe für Jugoslawien stark nach.

Heute muß ausschließlich der jugoslawische Steuerzahler für das 180 000 Mann starke Militärkontingent aufkommen. Dessen Unterhalt kostet jährlich rund zwölf Milliarden Mark. Die wohlhabenden Republiken Slowenien und Kroatien zahlen am meisten dafür.

Nicht nur deshalb gerieten sie mit der Armee, die sich als „siebte Republik“ im Lande versteht, zunehmend in Streit. Die Generale wollen überdies auf das Jugoslawien keinesfalls verzichten, das ihnen Privilegien und Top-Positionen garantierte: ein Vielvölkerstaat mit kommunistischer Kommandowirtschaft, in dem sich wie zu Titos Zeiten die Armee als Protektor der Einheit und als ideologischer Gralshüter gerieren durfte. Serbien

ist neben (dem großserbischen) Montenegro letzte Bastion solch dogmatischer Positionen auf dem Balkan.

38 Prozent der acht Millionen Serben leben außerhalb ihrer eigentlichen Heimat, die Jugoslawiens größte Republik ist. Und wenn sich mit dem Abdriften Sloweniens und Kroatiens die Desintegration des Tito-Reiches sich beschleunigt, dann hat der Serben-Chef Milošević bereits angekündigt, nur noch „die eigenen Interessen“ zu verfolgen – mit neuen Grenzziehungen versteht sich. In dieser Endphase des jugoslawischen Todeskampfes würde dann wiederum die Stunde für Serbiens Militärmafia schlagen bei dem Versuch, aus der Konkursmasse des Vielvölkerstaates einen großserbischen Block zu formen.

ben, knapp zwölf Prozent der Bevölkerung Kroatiens, in Schach halten. Die serbischen Siedlungsgebiete Slawoniens und der Krajina schieben sich wie Rammpfähle in den Leib des kroatischen Staatsgebiets.

Der pathologische Haß zwischen Kroaten und Serben geht auf den Zweiten Weltkrieg zurück. Damals überfielen faschisto-klerikale Schlächtertrupps der kroatischen Ustascha serbische Dörfer und brachten wahllos Menschen um, nur weil sie keine Katholiken waren. Noch immer stehen in der Lika oder im Kordun-Gebiet Ruinen orthodoxer Kirchen, in denen Serben bei lebendigem Leib verbrannt worden waren.

Über die Greueltaten der Ustascha, die Gefangene mit Holzhämmern er-



Slowenisches Bürgerkriegsopfer: Ultimatum abgelehnt

„Serbien und Kroatien können sich nicht ohne Bürgerkrieg trennen“, davon ist Milovan Djilas, 80, Titos einstiger Chefideologe und später Jugoslawiens Chefdissident, überzeugt (SPIEGEL 20/1991). Das Schlachtfeld, so glaubt der Montenegriner Djilas, werde Bosnien sein, weil dort beide auf territoriale Zugewinne spekulierten. In Bosnien leben Serben, Kroaten und die als eigenständige Nation geltenden Moslems bunt gemischt. Das macht territoriale Abtrennungen vielerorts unmöglich oder zu einem blutigen Schnitt.

Ob Kroatien indes seine eigenen nationalen Probleme unter Kontrolle halten kann, ist mehr als zweifelhaft. Aus Vorsicht vor der militanten serbischen Minderheit im Lande hat die Zagreber Regierung die Territorialeinheiten aufgelöst und dafür eine rein kroatische „Nationale Garde“ aufgestellt. Diese Polizeitruppe soll die etwa 600 000 Ser-

schlug oder im berüchtigten KZ von Jasenovac verhungern ließ, schrieb der Tito-Biograph Vladimir Dedijer 1988 ein Buch. Es brach in Jugoslawien erstmals mit dem Tabu, das Tito über dieses Thema verhängt hatte.

Dedijer erzählt, daß etwa 800 000 Serben, Juden und Zigeuner während der vierjährigen Schreckensherrschaft der Ustascha ermordet wurden, und er klagte den Vatikan an, das Morden geduldet zu haben. Im Gegenzug brachten Titos Partisanen etwa 400 000 Kroaten während des Krieges oder danach aus Rache um – eine breite Blutspur, die bis heute in den Dörfern entlang der einstigen k. u. k. Militärgrenze des Habsburgerreichs zum Osmanischen Imperium nicht vergessen wurde.

So gelten die Anhänger des kroatischen Präsidenten Tudjman, die „Kroatische Allianz“, die – wie einst die Ustascha – das alte kroatische Wappen in der

„Köpfe können später rollen“

SPIEGEL-Interview mit Staatspräsident Stjepan Mesić über den jugoslawischen Konflikt

SPIEGEL: Slowenien zeigte bisher wenig Kompromißbereitschaft. Wird es erneut zu einer blutigen Auseinandersetzung mit der Armee kommen?

MESIĆ: Kompromißbereitschaft besteht auf beiden Seiten. Aber die Situation wird durch Exzesse einzelner gestört. Diese Zwischenfälle werden wiederum von einigen aufgebauscht, um damit einen Vorwand für den Abbruch der Gespräche zu haben.

SPIEGEL: Wie wird das Staatspräsidium reagieren, wenn keine Einigung erzielt wird?

MESIĆ: Wir haben kein Ultimatum gestellt, sondern nur eine Zeitvorgabe gegeben. Wenn unsere Forderungen nicht erfüllt sind, werden wir uns eben wieder zusammensetzen und beraten, welche Schritte weiter zu unternehmen sind. Es gibt jedenfalls keinerlei Drohungen mit der Armee.

SPIEGEL: Wer hatte sie denn am 26. Juni in Marsch gesetzt?

MESIĆ: Die Regierung hatte nur gesagt: Es muß der Zustand vor dem 26. Juni wiederhergestellt werden. Die Armee sollte dabei Hilfe leisten – aber nicht im Sinne einer Kriegsoperation, sondern indem sie die Stellung am Grenzgürtel hält.

SPIEGEL: Erreicht wurde nichts. Slowenien hat erneut die slowenische Flagge am jugoslawischen Grenzübergang gehißt und behauptet, es gebe keine jugoslawischen Grenzen mehr zu Italien und Österreich.

MESIĆ: Okay, aber deshalb werden wir doch keinen Krieg führen. In der Zollfrage müssen eben Bundesfinanzministerium und das slowenische Finanzministerium eine gemeinsame Lösung finden.

SPIEGEL: Slowenien will auch das Moratorium nicht anerkennen.

MESIĆ: Es wurde im Beisein der Europäischen „Drei“ geschlossen und besagt, daß die Souveränitätserklärung für drei Monate eingefroren wird. Die Slowenen müssen begreifen, daß die Souveränität ein Prozeß ist, den man nicht im Sprint erreichen kann. Sie sind noch nicht souverän. Kein anderes Land hat sie anerkannt. Und in diesem Fall – bar aller Illusionen – existiert die international anerkannte Souveränität Jugoslawiens weiter, ob uns das paßt oder nicht.

SPIEGEL: Einige Länder des Westens haben wiederholt angedeutet, daß sie bei einem abermaligen Eingreifen der Armee Slowenien und Kroatien voraus-

sichtlich anerkennen werden. Könnte das Slowenien nicht jetzt veranlassen, die Armee zu provozieren?

MESIĆ: Bei jedem Streit gibt es mindestens zwei Partner. Jeder von ihnen will profitieren. Wir dürfen aber nicht zulassen, daß hier die größten Extremisten mit Maximalforderungen auftreten. Wir müssen Vereinbarungen treffen, die für alle Seiten akzeptabel sind. Zunächst, daß man die Souveränität Sloweniens anerkennt, aber auch die Jugoslawiens als Subjekt des internationalen Völkerrechts.

SPIEGEL: In der Armee scheinen einige anders zu denken. Sie wollen die Macht übernehmen.

MESIĆ: In der Armee werden zwar einheitlich die gleichen Uniformen getragen, aber nicht dieselben Gedanken gehegt. Auch die Armee besteht aus Menschen, unterschiedlichen, und auch diese sind überlastet mit den Ereignissen in Jugoslawien und der Welt.

SPIEGEL: Warum verhaften Sie Adžić nicht? Schließlich ist es mehr als ein Kavaliärsdelikt, dem Volk einen Militärputsch anzudrohen.

MESIĆ: Ich bin kein Polizist.

SPIEGEL: Aber Oberster Kommandeur und damit auch Chef über Herrn Adžić.

MESIĆ: Lassen wir ihn ruhig drohen – er kann seine Drohungen nicht durchsetzen. In der Armee haben immer noch jene das Sagen, die für den Frieden sind.

SPIEGEL: Also Narrenfreiheit für die Hardliner?

MESIĆ: Nein. Die Verantwortung jedes einzelnen bei den Ereignissen der letzten Wochen wird später überprüft. Auch die Frage, warum am ersten Tag der Kämpfe in Slowenien 30 Armeeghörige getötet wurden, jedoch keiner von der Territorialeinheit. Und auch, ob die Armee wirklich mit solch einem Kraftakt reagieren mußte, nur um ein paar Grenztafeln zu entfernen. Jetzt heißt es, gesunden Bauernverstand bewahren. Die Köpfe können später rollen.

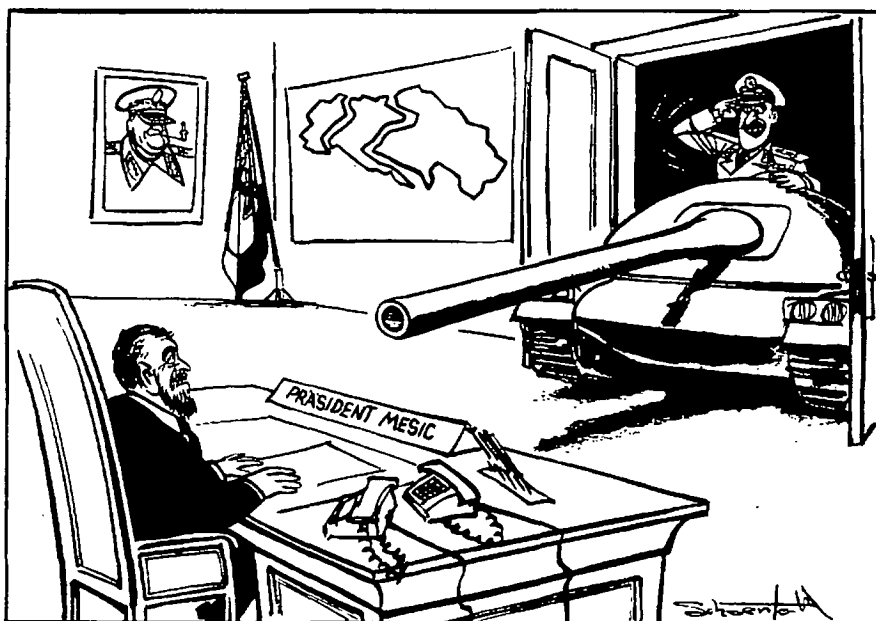
SPIEGEL: Was ist gesunder Bauernverstand?

MESIĆ: Der Bauer hat seine eigene Logik. Er kann das Wesentliche vom Unwesentlichen unterscheiden. Und wesentlich ist jetzt nur Frieden.

SPIEGEL: Halten Sie einen Putsch innerhalb der Armee noch für denkbar?

MESIĆ: Der hätte keinerlei Erfolgsaussichten. Die Armeeführung bestätigt, daß sie die Verfassung einhalten wird und das Staatspräsidium anerkennt. Das ist das Wesentliche. Alles andere wäre illegal.

SPIEGEL: Wer hat dann letzte Woche die 180 Panzer aus Belgrad rollen lassen? Und warum haben Sie die nicht sofort zurückgepfiffen? Jetzt stehen diese Kampfwagen an den kroatischen Grenzen und bedrohen die kroatische Polizei.



Das Interview führte SPIEGEL-Korrespondentin Renate Flottau.

„Herr Präsident, die jugoslawische Armee erklärt auch ihre Unabhängigkeit!“
Hamburger Abendblatt

MESIĆ: Alle Panzer werden in die Kasernen zurückkehren. Das ist die Vereinbarung mit der EG und die Anordnung des Staatspräsidiums. Aber hier wurde ein Mechanismus in Gang gesetzt, den man nicht im Eiltempo umkehren kann.

SPIEGEL: Müssen Sie nicht schon bald als Präsident für die Mehrheitsentscheidungen des Serbenblocks geradestehen? Nämlich dann, wenn Janez Drnovšek, der slowenische Vertreter im Staatspräsidium, an den Sitzungen nicht mehr teilnimmt?

MESIĆ: Drnovšek wird zurückkehren. Wenn nicht, verliert das gesamte Staatspräsidium seine Legitimität.

SPIEGEL: Was aber, wenn sich Ihr Optimismus nicht bewährt? Die Welt fürchtet einen Krieg in Jugoslawien.

MESIĆ: Europa und die Welt werden sich maximal engagieren, einen Krieg in Jugoslawien zu verhindern. Denn Europa ist ein gemeinsames Haus. Wenn da in einem Zimmer ein Brand ausbricht, muß man auch damit rechnen, daß das ganze Haus niederbrennt.

SPIEGEL: Würde nicht jeder Krieg sich letztlich zu einem Kampf Serbiens gegen den Rest Jugoslawiens auswachsen?

MESIĆ: Das serbische Volk will keinen Krieg. Niemand will Krieg. Doch es gibt serbische, kroatische, slowenische, muslimanische und albanische Extremisten. Bisher haben die sich aber nicht durchsetzen können.

SPIEGEL: Ist Milošević für Sie ein serbischer Extremist?

MESIĆ: Jeder zeigt durch seine Taten, was er will.

SPIEGEL: Aber vom Serbenpräsidenten hört man gegenwärtig nichts ...

MESIĆ: ... aber man fühlt ihn.

SPIEGEL: In der kroatischen Krajina, bei den täglichen bewaffneten Auseinandersetzungen?

MESIĆ: Tatsache ist: Dort wurden bewaffnete Gruppen eingeschleust, Terroristen, welche aus undurchsichtigen Fonds finanziert werden. Und von denen hat sich die serbische Regierung niemals distanziert. Die versuchen, Serben und Kroaten gegeneinander aufzuhetzen. Die müssen zurück! Dann gibt es auch keine Probleme mehr.

SPIEGEL: Sind das nicht Illusionen? Die Situation war noch nie so dramatisch.

MESIĆ: Trotzdem bin ich sicher, daß es zu keinem Bürgerkrieg kommt. Wenn Serbien seine Extremisten abgezogen hat, werden wir alle Aktivisten amnestieren, die an dem Barrikadenabenteuer teilnahmen beziehungsweise an den Zusammenstößen. Natürlich nur, wenn sie niemanden getötet haben.

SPIEGEL: Dann sollte Kroaten-Präsident Tudjman sich nicht länger weigern,

mit dem Krajina-Präsidenten Babić zu verhandeln.

MESIĆ: Babić ist Präsident einer kleinen Gemeinde, und mit ihm kann jeder kroatische Funktionär verhandeln, es muß nicht der Präsident sein. Babić will aus Knin Serbien machen. Das wäre so, als wollte ich die serbische Provinzstadt Niš in den belgischen Kongo verwandeln.

SPIEGEL: Haben die Serben in Kroatien die gleichen Rechte wie die Kroaten?

MESIĆ: Alle. Und dort, wo diese Rechte vielleicht nicht verwirklicht sein sollten, werden wir es anordnen. Aber die serbischen Kalaschnikows und Bomben müssen aus der Region heraus.

SPIEGEL: Darauf werden Sie wohl noch lange warten müssen.



Attentat von Sarajewo (1914)*: Feuersturm ausgelöst

MESIĆ: Sie täuschen sich. In Serbien ändert sich das politische Klima. Diese Terrorgruppen stören schon jetzt. Serbische Frauen fuhrten nach Kroatien und Slowenien und wollten den Krieg aufhalten. Kroatische Frauen kommen nach Belgrad. Solche Bewegungen sind imstande, Wunder zu vollbringen.

SPIEGEL: Nur: Was passiert, wenn nach Ablauf der dreimonatigen Moratoriumsfrist Slowenien und Kroatien weiter auf ihrer Souveränität beharren?

MESIĆ: Die Welt kennt nur die Realitäten an, die wir erzeugen.

SPIEGEL: Und wenn sich in diesen drei Monaten keine Lösung findet?

MESIĆ: Wir werden nach diesen drei Monaten eine Lösung haben. Und zwar ohne Krieg. Darauf gehe ich jede Wette ein.

Parteifahne tragen, den Serben in Kroatien noch immer als verhaßte Faschisten. Dagegen sind die Serben, die von einem Großreich träumen, für die Kroaten „Tschetniks“. So nannten sich die königstreuen Partisanen Draža Mihajlović, die bei den ethnischen Konfrontationen im Gefolge des Zweiten Weltkriegs nicht minder wüteten.

Der Traum der Serben von einem Großreich geht weit in die Geschichte zurück. Ihre Glanzzeit erlebte die größte Nation der Südslawen von der Mitte des 12. Jahrhunderts bis zur Schlacht auf dem Amselfeld im heutigen Kosovo, als das serbische Heer des Fürsten Lazar 1389 von den ansturmenden Türken vernichtend geschlagen wurde.

Nach der Niederlage auf dem Amselfeld mußten die Serben über 400 Jahre warten, ehe sie die osmanische Fremd-

herrschaft abschütteln konnten. Nach einem Volksaufstand 1815 wurde das Fürstentum Serbien gegründet. Es erhob sich 1882 selbst zum Königreich.

„Wenn sich auf dem Balkan etwas regt, dann fröstelt Europa“, hieß es zu Beginn dieses Jahrhunderts schauernd, als sich dort die Interessensphären der Großmächte kreuzten und nationalistischer Hader die Region zum Pulverfaß machte.

Serben trugen entscheidend dazu bei, die Lunte zu einem Weltbrand zu legen. Denn schon damals schürte „Serbia irreidenta“ den Nationalismus unter den „unerlösten Landsleuten“ in Kroatien und Bosnien-Herzegowina, Provinzen der bis zur Drina reichenden Habsburgermonarchie.

Die Schüsse des serbischen Gynasiasten Gavrilo Princip, mit denen am 28. Juni 1914 in Sarajevo der österreichische

* Zeitgenössische Zeichnung.

Thronfolger Franz Ferdinand samt seiner Gemahlin Sophie ermordet wurde, lösten den Feuersturm aus. „Mit den Serben muß aufgeräumt werden, und zwar bald“, ermutigte der nibelungentreue Kaiser Wilhelm II. den Donaumonarchen zum Dreinschlagen.

Der Feuersturm griff vom Balkan auf ganz Europa über. Vier Jahre danach war die Mächteordnung der Alten Welt zerborsten. Aus ihren Ruinen entstand das Königreich der Südslawen.

Serbien hatte auf seiten der Entente, der späteren Siegermächte, mitgekämpft und fast eine halbe Million Soldaten verloren. Diese Blutschuld, mehr aber noch das pralle Selbstbewußtsein, auf der Seite der Sieger zu stehen, gab den Ausschlag, daß die Serben bei der Gründung des neuen Balkanstaates die Führungsrolle beanspruchten.

vić eine Königsdiktatur mit großserbischer Dominanz. Serbisch war die Amtssprache, der Hof setzte Gouverneure ein. 95 Prozent der in Kroatien erwirtschafteten Gelder wurden auf Befehl der Regierung nach Belgrad gebracht.

Der gegenseitige Haß steigerte sich noch, als König Alexander 1934 unter den Kugeln eines kroatischen Separatisten bei einem Staatsbesuch in Marseille umkam. Als dann im April 1941 deutsche und italienische Truppen das Balkanland besetzten, errichtete in Kroatien die Ustascha des Faschisten Ante Pavelić ihr Schreckensregime.

Gegen sie, gegen die königstreuen serbischen Tschetniks und gegen die deutschen Besatzer kämpfte der Kommunist Josip Broz genannt Tito. Er verteidigte im Partisanenkrieg Serben, Kroatien,

Slowenen, Bosnier, Mazedonier und Albaner unter der roten Fahne.

Nach dem Sieg war Tito darauf bedacht, keine der Republiken zu mächtig werden zu lassen. Serbien mußte seinem vorwiegend albanisch besiedelten Landesteil Kosovo den Status einer autonomen Region einräumen. Den gleichen Status erhielt auch die erst im Frieden von Trianon 1920 von Ungarn den Jugoslawen zugeschlagene Vojvodina.

Nationale Probleme gab es zuerst im Kosovo. Die Albaner, die unter Tito tapfer gekämpft hatten, fühlten sich um den Lohn der Befreiung vom Faschismus betrogen. Sie wehrten sich gegen den weiterbestehenden Herrschaftsanspruch der Serben. Um aufzuräumen, setzte Tito einen Vertrauten aus der Partisanenzeit ein: Aleksandar Ranković, ein eingefleischter Großserbe, nutz-

DER TRAUM VON GROSS-SERBIEN



Serbischer Präsident Milošević: Traum vom Großreich

Unter dem Druck der Siegermächte wurden die Königreiche Serbien und Montenegro mit Slowenien und Kroatien aus der Konkursmasse des untergegangenen Habsburger Kaiserreichs vereint.

„Serbien möchte nicht, daß es in Jugoslawien untergeht, sondern Jugoslawien in ihm“, hatte Nikola Pašić, letzter Premier des serbischen Königreichs, an den serbischen Gesandten Jovan Jovanović noch vor dem Ende des Kriegs geschrieben.

Die Gegenposition nahm der kroatische Bauernführer Stjepan Radić ein, der seinen Widerstand gegen die serbische Hegemonie 1928 mit dem Leben bezahlte: „Wir Kroaten müssen es offen und laut sagen: Wenn die Serben einen Staat und eine serbische Regierung haben wollen, so möge Gott mit ihnen sein. Für uns Kroaten kommt nur eine föderative Republik in Frage.“

Aber es wurde unter Alexander aus der serbischen Dynastie der Karadjordje-



Slowenischer Präsident Kučan
Blauhelme angefordert

te sein Amt als Innenminister und Geheimdienstchef, um Tausende aufrührerischer Albaner zu liquidieren.

Auch gegen die Kroaten spielte Ranković die serbische Karte. Er bugsierte auf alle einflußreichen Posten in Kroatien serbische Gesinnungsgenossen mit der Begründung, den Kroaten sei nach den Ustascha-Greueln nicht mehr zu trauen. Erst als er selbst seinem Chef Tito Abhörwanzen ins Schlafzimmer legen ließ, mußte Ranković 1966 gehen.

Das Kosovo-Problem auf großserbische Art zu lösen, versprach ein Mann, der nach Titos Tod an die Belgrader Schalthebel der Macht gelangte: Slobodan Milošević, 50. Als Sohn eines byzantinischen Popen geboren, wurde er schon mit 17 Jahren überzeugter Kommunist und ein glühender Bewunderer von Jugoslawiens Führerfigur Tito.

So wie er, als populärer Volksheld, wollte auch Milošević gefeiert werden.



Slowenische Soldaten beim Flaggenhissen am Grenzübergang Radgora*: Trügerische Waffenruhe

Nach seiner Karriere als Manager, die ihn bis an die Spitze der Belgrader Bank brachte, stieg Milošević in die Politik um. 1986 wurde er serbischer Parteichef und drei Jahre später zum serbischen Präsidenten gewählt.

Wie sein nationalistischer Widersacher Vuk Drašković ficht Milošević für Großserbien, für die Rückkehr der von Tito abgetrennten Gebiete. Je rüder er gegen das vermeintliche Unrecht wettert, um so mehr Serben jubelten ihm zu.

Die Vojvodina holte er heim, indem er die Führung durch serbentreue Funktionäre ersetzte. Als ihm das gleiche Manöver im Kosovo nicht auf Anhieb gelang, ließ Milošević im März 1989 die Armee mit Panzern in die albanische Provinz einrücken – mit stillschweigender Duldung des gesamten Staatspräsidiums und der Belgrader Regierung. Jugoslawien wurde mit dem Ausbreiten der serbischen Hegemonie immer mehr zum Völkergefängnis.

Gelänge es den Slowenen, sich vom Vielvölkerstaat abzusetzen, würden wohl auch die Albaner im Kosovo ihre Freiheit und Selbständigkeit einfordern – notfalls mit Waffengewalt. Ihr Widerstand könnte leicht auf das benachbarte Mazedonien übergreifen, wo gleichfalls eine starke albanische Minderheit lebt, die von einem Großalbanien träumt. Gleichzeitig fordert in Skopje eine Oppositionspartei den Anschluß Mazedoniens an Bulgarien.

Am unübersichtlichsten im jugoslawischen Flickenteppich ist die Lage in der Republik Bosnien-Herzegowina. Die fast gleichstarken Siedlungsgebiete der Serben, Kroaten und Moslems sind wie die Muster auf einem Leopardenfell.

Milošević möchte das Fell aufteilen und den Großteil Bosniens seinem serbischen Reich zuschlagen. Tudjman will die Herzegowina für Kroatien gewinnen. Die Moslems drohen beiden bei einer Aufteilung mit Aufstand. Bei einem Treffen mit Republikpräsident Alija Izetbegović schlugen die verfeindeten Brüder als Kompromiß die „Verschweigerung“ des Landes vor: Zerstückelung in sechs Kantone.

Und die Belgrader Clique der Serben-Chauvis um Milošević träumt noch von weit mehr, seit die alten Dämonen des Nationalismus die Seelen der Südslawen erneut vergiftet haben. Den ausgreifenden Anspruch der Großserben machte unlängst die Belgrader Zeitschrift *Ilustrovana Politika* deutlich: mit Karten, die aufgrund einer Volksabstimmung von 1931 serbische Siedlungsgebiete zeigen, die bis auf 50 Kilometer an die kroatische Hauptstadt Zagreb heranreichen, den größten Teil Bosniens und im Süden weite Gebiete der heutigen Republik Mazedonien einschließen.

Den Präsidenten der abtrünnigen Republiken, Tudjman und Kučan, ist klar, daß die schwierigen Probleme der Auflösung des Vielvölkerstaates nach dem

Eingreifen der Bundesarmee allein mit jugoslawischer Autorität nicht mehr zu lösen sind. Beide fordern neutrale Beobachter der EG und notfalls Blauhelme der Uno, um sich vor weiterer Gewalt der serbischen Generale zu schützen.

Doch das Klima zwischen Ljubljana und Zagreb hat sich seit dem Überfall merklich abgekühlt. Die Slowenen werfen den Kroaten vor, nicht einmal den Versuch unternommen zu haben, die Streitmacht aus der Serben-Kapitale aufzuhalten. Die Kroaten konterten kühl mit dem wenig überzeugenden Argument, die Bundesarmee hätte auf kroatische Truppen nicht geschossen.

Meinungsverschiedenheiten gibt es auch bei der Einschätzung des Staatspräsidiums. Seit der Kroatie Mesić unter internationalem Druck auch mit Zustimmung Serbiens als Präsident inthronisiert wurde, hat das Präsidium für Zagreb eine „wichtige, konstruktive Funktion“. Slowenen dagegen weigert sich, nach der Unabhängigkeitserklärung noch seinen Vertreter in dieses Gremium nach Belgrad zu schicken. Damit aber fehlt Mesić in der Acht-Männer-Runde eine wichtige Stimme. Der Kroatie kann von dem Serben-Block jederzeit mühelos überstimmt werden.

Außenpolitisch hingegen hat sich das Klima schlagartig zugunsten Sloweniens und Kroatiens verändert. Der EG, selbst den USA, ist angesichts des Blutbades aufgegangen, daß ihre Verteidi-

* Am vorigen Mittwoch.

„Drei Tage lang am Telefon“

Wie sich Hans-Dietrich Genscher bemühte, die jugoslawische Krise zu lösen

Erfreuliches hatte Hans-Dietrich Genscher am vorigen Mittwoch den Obleuten des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag nicht mitzuteilen. Eben habe ihm der nur durch Druck der EG eingesetzte jugoslawische Präsident Stjepan Mesić per Telefon eine „dramatische Darstellung der Lage“ übermittelt.

Die Armee habe „faktisch die Macht übernommen“; neben den Spitzenpolitikern in Kroatien und Slowenien müsse auch der Belgrader Ministerpräsident Ante Marković um sein Leben fürchten.

Der Präsident habe „dringende Wünsche“ vorgebracht, referierte Genscher den Parlamentariern: sofortige Einberufung des Uno-Sicherheitsrats, die Staaten des Westens sollten ferner die Anerkennung der Unabhängigkeit Sloweniens und Kroatiens „zumindest ankündigen“, um die von schießwütigen Serben beherrschte Volksarmee zur Raison zu bringen.

Durch den Hilferuf aus Belgrad aufgerüttelt, startete der umtriebige Bonner AA-Chef ein Telefonmarathon: Er sprach mit allen EG-Kollegen und ließ US-Außenminister James Baker morgens um vier Uhr aus dem Bett holen.

Doch Genschers Bemühen, für die Militärs in Belgrad eine „Drohkulisse“ aufzubauen, scheiterte: Die Partner zeigten „wenig Neigung“, den Wünschen des de facto machtlosen Mesić zu folgen.

Getreu dem kürzlich beschlossenen Krisenmechanismus der KSZE verabredeten die 35 Mitgliedstaaten der Organisation in einer „Dringlichkeitssitzung“ in Prag lediglich, Beobachter zur Überwachung des Waffenstillstands zwischen der jugoslawischen Zentralarmee und der slowenischen Heimatschutztruppe zu entsenden.

Am Donnerstag abend teilte der Belgrader Außenminister Budimir Lončar in brüchigem Englisch das Einverständnis der Zentralregierung mit. Am Morgen darauf stimmte auch Moskaus Außenminister Alexander Bessmertnych zu, nachdem die Sowjets in Prag aus Furcht vor künftigen westlichen „Beobachtern“ in den nach Unabhängigkeit strebenden baltischen Staaten zunächst einen „allgemeinen Vorbehalt“ eingelegt hatten. Um diesen auszuräumen, hatte Genscher Bessmertnych mitten in der Nacht angerufen. Morgens war klar, die Sowjets würden sich in der Jugoslawien-Krise weiter zurückhalten.

Genscher-Gehilfen hielten die Telefon-Diplomatie ihres Chefs für einen „großen Erfolg: Der war drei Tage lang pausenlos am Telefon“.

Außerhalb des Auswärtigen Amtes beeindruckte der Aktionismus des Überaußenministers wenig. Nicht nur die Opposition nahm ihn unter Beschuß (Genscher: „Das müssen die“). Auch die Union kritisierte, die Regierung habe zu sehr auf die Belgrader Zentralregierung gesetzt und das in der KSZE-Schlußakte verankerte Selbstbestimmungsrecht der Völker „vernachlässigt“ (CDU-Experte Karl Lamers). Nun gelte es, Slowenien und Kroatien als selbständige Staaten anzuerkennen.

CDU-Generalsekretär Volker Rühe, der sich selbst als eigentlichen Außenminister sieht, sattelte drauf: Genscher habe sich „schwere Fehler und Versäumnisse“ in der Außenpolitik geleistet.

Auch Genschers Diplomaten sehen das Problem: Zu lange haben

Bonn und die EG die Unabhängigkeitswünsche der kleinen Republiken ignoriert. Doch im Völkerrecht, mehr noch im politischen Umgang souveräner Staaten ist das Selbstbestimmungsrecht – zumal von einzelnen Völkern oder Volksgruppen – weder Dogma noch Fetisch; es rangiert meist niedriger als der heilige Grundsatz der internationalen Staatengemeinschaft, sich in innere Angelegenheiten anderer Nationen offiziell nur ja nicht einzumischen.

Denn eine solche Einmischung hätte überall Folgen: Würde Bonn offen die Unabhängigkeit Sloweniens fordern, müßten die Deutschen auch die Litauer, die Korsen, die Flamen oder Wallonen, die Basken oder die katholischen Nordiren unterstützen – eine Kette ohne Ende.

Und sie würden sich endlosen Ärger mit den jeweiligen Zentralregierungen einhandeln. Auch deshalb widersprachen bei einer Krisensitzung der EG-Außenminister am Freitag Genschers Kollegen aus Belgien und Frankreich den Anerkennungswünschen Kroatiens und Sloweniens.

Und deshalb stellte sich der Bonner Kanzler und CDU-Chef Helmut Kohl demonstrativ hinter und vor seinen FDP-Außenminister – und damit gegen den Generalsekretär seiner eigenen Partei: Rühes „pauschale Kritik“ sei zurückzuweisen.



Rheinischer Merkur/Christ und Welt

gung des Selbstbestimmungsrechts der Völker wichtiger ist, als mit viel Geld und Beschwichtigung einen zerbröselnden Staat weiter zusammenzuhalten.

In der Bundesrepublik und in Österreich wurde der Ruf nach Anerkennung der Sezessionisten am lautesten. Bundeskanzler Helmut Kohl mahnte noch vor seinem Treffen mit dem sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow vergangenen Freitag das Recht auf Selbstbestimmung an und versprach, das Problem auch in Kiew zu erörtern.

Der slowenische Präsident Milan Kučan bleibt pessimistisch: „Wenn wir in

den nächsten drei Monaten keinen Frieden finden, haben wir ihn für immer verloren.“ Und der jugoslawische Premier Ante Marković, der die Kontrolle über die serbischen Generale verlor, weiß sogar, wie lange die Krise anhalten kann: „Das dürfte sogar zehn Jahre dauern.“

Die Implosion Jugoslawiens aber wird kaum ohne Auswirkungen auf die umliegenden Länder bleiben. Nirgendwo sonst in Europa sind Grenzen dermaßen umstritten, bieten Minderheitenprobleme als Erblast der Geschichte Zündstoff für neue grenzüberschreitende Konflikte.

Für die Griechen, die einen neuen Streit um Mazedonien fürchten, warb Regierungschef Konstantin Mitsotakis auf dem EG-Gipfel in Luxemburg für die Beibehaltung des Status quo: „Die Balkankarte darf sich nicht ändern“, plädierte der Hellene beschwörend, „sonst wird der Balkan wieder zu Europas Pulverfaß.“

So ähnlich hatte das schon vor einiger Zeit ausgerechnet Otto von Habsburg prophezeit. Der Sohn des letzten Donau-Monarchen warnte, Umbrüche in dieser Region müßten „die Großmächte in Zugzwang bringen“.

„Terroristischer Brückenkopf“

SPIEGEL-Reporter Erich Wiedemann über den Kampf serbischer Extremisten in Kroatien



Bewaffnete Serben vor Knin: „Freiheit oder Tod“

Pappirr, Pappirr, Pappirr!“ Der kleine dicke Mann klopft mit seinem Kugelschreiber ungeduldig auf die Kühlerhaube. Der Lauf der Kalaschnikow schrammt häßlich quiettschend über die Wagentür. „Er will deinen Reisepaß sehen“, brummt Jovan, der Dolmetscher. „Mach schnell.“

Aber der Dicke schlägt den Paß gar nicht auf. Er will überhaupt nicht wissen, was drinsteht. Er beugt sich schäffisch lächelnd durchs Wagenfenster, klatscht sich mit dem Paß auf die flache Hand und läßt warmen süßen Sliwowitzdunst nach innen wehen.

Es handelt sich hier zweifellos um einen hoheitlichen Akt. Jovan erläutert: „Er will zeigen, daß hier die Serben die Obrigkeit sind. Wenn er sagt ‚Pappirr‘, dann Pappirr.“

Die Obrigkeit an der Straßensperre drei Kilometer vor Knin trägt Kombinationen aus Uniformen und Freizeitlook: Jeans oder buntgescheckte Leinenhosen, Sandalen, olivgrüne Armeebelousons. Darunter trägt man viel Brusthaar ohne Trikot. Einer hat eine schwarze Lederjacke mit aufgenähten Feldwebelwinkeln.

Jovan hat sein Gesicht zu einer strikt neutralen Miene verriegelt, obwohl die Szene eher zum Lachen ist. Ein Kroat, der in diesen kritischen Tagen in der Krajina über die Autorität eines serbischen Hoheitsträgers lacht, der lacht nicht lange.

In Drniš an der Straße nach Split haben Milizionäre der „Serbischen Erneuerungspartei“ vorletzte Woche angeblich zwei gefesselte Kroaten nackt in Schafkot und Stroh gewälzt und sie hinterher die Dorfstraße hinuntergejagt. Ein holländischer Journalist entging um Haaresbreite dem Lynchmord, nachdem man einen Presseausweis mit auf-